

Roter *„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“* Karl Marx **Brandenburger**

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg

Ausgabe 1-2020

NATO go home!

Die NATO missbraucht mit dem Kriegsmanöver „Defender 2020“ im Frühjahr Deutschland und Europa als Aufmarschgebiet gegen Russland.

Mit dem Manöver erhöht sich die Gefahr eines Krieges in Europa und auch in Deutschland, an dem auf beiden Seiten Atomwaffenmächte beteiligt wären. Diesen Aggressionsakt unterstützt die Merkel-Regierung aktiv, indem die Bundeswehr für den Transport und die Logistik von 20.000 US-Soldaten durch Deutschland – insbesondere Ostdeutschland – die Verantwortung übernimmt. Die Kosten für diese Bedrohung des Friedens zahlen die Steuerzahler und den Löwenanteil damit die Beschäftigten hierzulande.

Um die Stimmung in Deutschland für diesen Kriegskurs gegen Russland zu organisieren, haben deutsche Leitmedien im Schulterchluss mit Regierungssprechern das nächste Propagandapaket ausgepackt: Der Vorwurf gegen die russische Regierung, die Ermordung eines Georgiers im Berliner Tiergarten beauftragt zu haben und die Eskalation der Bundesregierung durch Ausweisung russischer Diplomaten. Doch auch diese Stimmungsmache kann nichts daran ändern: Laut einer jüngsten Umfrage durch das Meinungsforschungsinstitut YouGov will eine Mehrheit von 54 % der Deutschen Zusammenarbeit mit Russland statt Abschreckung. Und 48 % der Befragten zogen daraus

die nächstliegende Konsequenz, indem sie sich für den teilweisen bzw. vollständigen Abzug der US-Truppen aus Deutschland aussprachen. Das ist eine klare rote Karte der Bevölkerung gegen das NATO-Kriegsmanöver „Defender 2020“.

Wer ist der Aggressor?

Bundesregierung und ihre medialen Hofberichterstatter werden nicht müde, eine russische Aggression heraufzubeschwören. Doch allein das letzte Jahr hat wieder gezeigt, wer der Aggressor in diesem Konflikt ist: Es waren die USA, die den Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) gekündigt und damit die Gefahr eines

→ Fortsetzung Seite 2



Leben unter dem Existenzminimum?!?

Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erklärt Hartz IV für verfassungswidrig – teilweise.

Laut Grundgesetz steht jedem Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu – ALG-II-Bezieher scheinen damit aber nicht gemeint zu sein. So gelten Hartz IV-Leistungen bereits als absolutes psychisches und soziokulturelles Minimum. Trotzdem sanktionieren Jobcenter seit Jahren Hilfsbedürftige, die aus ihrer Sicht nicht ausreichend kooperieren. Hundertausende sind betroffen, über 7.000 Menschen wurden monatlich sogar 100 Prozent der Leistungen gestrichen. Diese gängige Praxis wurde Anfang November vom BVerfG als „nicht mehr verhältnismäßig“ eingestuft und damit teilweise für verfassungswidrig erklärt. Doch nach wie vor sind Kürzungen bis zu 30 Prozent zulässig. Damit bleibt Hartz IV ein System, das extremen Druck auf Betroffene ausübt und sie gezielt in den Niedriglohnsektor drängt, wodurch staatlich organisiert Druck auf die Löhne aller ausgeübt wird, während den Unternehmen dadurch Extraprofite gesichert werden. ■

Rote Kalenderblätter

**15.01.
1919**

Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts

Am 15. Januar 1919 erfüllten Männer des Freikorps den Auftrag der Antikommunisten aller Couleure: Sie ermordeten Karl und Rosa. Aber ihr Vermächtnis lebt! Im Bund der Kommunisten formulierten Karl Marx und Friedrich Engels das Kommunistische Manifest. Zu seiner Verteidigung gegen Reformismus und Opportunismus gründeten Karl und Rosa, zusammen mit ihren Genossinnen und Genossen den Spartakusbund und beantworteten die Frage „Was will der Spartakusbund?“. Der Geist und die Erkenntnisse, von denen sie sich dabei leiten ließen, berechtigten sie zu der Aussage: „Wir sind wieder bei Marx, ... und Marxismus führt nicht dorthin, mit Scheidemannern konterrevolutionäre Politik zu machen. Es ist ein toller Wahn, zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem Verdikt eines Parlaments fügen, sie würden ruhig auf Besitz, Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten“. (Aufruf Spartakusbund) In diesem Sinne führte der Kampf des Spartakusbundes zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands auf der Grundlage des Marxismus! Karl und Rosa vermittelten den Revolutionären das Gefühl der Sicherheit in der Orientierung für den Kampf gegen den Krieg und für gesellschaftlichen Fortschritt – und allen Demokraten das Gefühl, zu einer Gemeinschaft zu gehören, die Demokratie nicht nur als Kampf um Wählerstimmen versteht. Sie legten den Pfad. Es liegt an uns, ihn zu befolgen und einen Bund der Sozialisten zu schmieden! ■

→ Fortsetzung von Seite 1

Atomwaffeneinsatzes in Europa erhöht haben. Und es waren die USA, die bis heute auf den mehrfachen Vorschlag der russischen Regierung ablehnend reagierten, Entwicklung und Bau von nuklearen Mittelstreckenraketen auszusetzen, um Raum für Verhandlungen zur einer Neuauflage des INF-Vertrags zu schaffen. Die deutsche Bundesregierung hat mehrfach unterstrichen, dass sie den transatlantischen Schulterchluss mit den USA sucht: durch Schuldzuweisungen an Russland, für das Ende des INF-Vertrags verantwortlich zu sein, durch das Training von Bundeswehrpiloten zum Abwurf von Atomwaffen im rheinpfälzischen Büchel oder eben durch das jetzt anstehende NATO-Kriegsmanöver.

Die Ermordung eines iranischen Generals im Irak durch die US-Regierung bzw. die Verteidigung dieses US-Aggressionsaktes durch die Bundesregierung unterstreichen das krampfhafteste Festhalten an einem Bündnis mit den USA zur Unterdrückung und Ausplünderung eines Großteils der Welt.

Stoppen wir NATO-Manöver, -Krieger und -Aufrüster!

Der transatlantische Schulterchluss der Merkel-Regierung mit den USA geht zu Lasten breiter Bevölkerungsteile in Deutschland – insbesondere in Ostdeutschland: Es sind infolge der Deindustrialisierung durch die Treuhand im Auftrag westdeutscher Konzerne vor dreißig Jahren vor allem ostdeutsche Kommunen, die öffentliche Investitionen in Schulen, Kitas, Krankenhäuser dringender benötigen, als Aufrüstung der Bundeswehr nach NATO-Kriterien. Es sind ostdeutsche Jugendliche, die aufgrund des Plattmachens ihrer Heimat gezwungen sind, der Bundeswehr als zukünftiges Kanonenfutter zu dienen. Und es wird bewusst das ostdeutsche Selbstverständnis mit Füßen getreten, wenn Russland als neues Feindbild aufgebaut wird. In diesem Sinne muss es dieses Jahr bei jedem Festakt zum 75. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus lauten: Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus! NEIN zum NATO-Manöver! ■

Keine US-Truppen- transporte durch Brandenburg!



Im Rahmen einer Anfrage des Bundestagsabgeordneten Alexander Neu (LINKE) hat die Bundesregierung erklärt, dass neben Sachsen-Anhalt und Sachsen auch Brandenburg ein Transit-Bundesland im Osten sein wird, für US-Truppen im Rahmen des NATO-Manövers „Defender 2020“, das zwischen April und Anfang Mai 2020 stattfinden soll. Demnach soll die Kaserne Lehnin in Potsdam-Mittelmark wieder als Anlaufstelle für US Truppentransporte zum Rasten zur Verfügung stehen. Bereits in den letzten Jahren ist es hierbei zu Protesten gegen die NATO-Aggressionspolitik gekommen, die die DKP unterstützt hat. Der Rote Brandenburger wird über die konkrete Mobilisierung in diesem Jahr frühzeitig informieren. ■

Bildungsnotstand in Brandenburg

Lehrermangel benachteiligt vor allem Kinder aus der Arbeiterklasse.



Der Bildungsstand eines Kindes hängt in Deutschland noch immer stark vom Geldbeutel der Eltern ab – das zeigt ein Blick auf die Ergebnisse der Ende November 2019 veröffentlichten PISA-Studie, die zeigt: Der Erfolg deutscher Schülerinnen und Schüler hängt von ihrer sozialen Herkunft ab – und zwar stärker als im Durchschnitt der OECD-Länder.

Das fortwährende Bestehen eines gravierenden Lehrermangels verstärkt diese Chancenungleichheit. So ist Lehrermangel insbesondere an den Brandenburger Grundschulen ein Problem. Hier fehlten allein im Jahr 2019 über 600 Lehrerinnen und Lehrer. Verschärft wird das Problem zusätzlich dadurch, dass der aktuelle Lehrkörper überaltert und mit den Anforderungen überfordert ist. Die Folge sind Fehlstunden. In Brandenburg erreichten sie im Schuljahr 2018/19 den höchsten Stand seit zehn Jahren. Auch wenn ein kleiner Teil der Stunden ausgeglichen werden konnte, mussten im Schnitt 7 Prozent des Unterrichts ausfallen.

Vor allem für Kinder aus proletarischen aber auch migrantischen Familien sind durch Lehrermangel

benachteiligt, da ihre Familien nicht in der Lage sind, das Bildungsdefizit auszugleichen. Denn wer im Schichtdienst arbeitet oder / und spät-abends erschöpft von der Arbeit nach Hause kommt, kann seinen Kindern kaum Hilfe bei den Hausaufgaben ermöglichen. Auch teure Nachhilfestunden kön-

nen nicht bezahlt werden, weil dies z.B. den Verzicht auf den nächsten Urlaub bedeutet oder schlichtweg nicht bezahlbar ist.

Quereinsteiger statt Lehrer

Statt qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer auszubilden setzt die

Landesregierung auf Quereinsteiger ohne Lehramtsstudium, von denen nur wenige qualifiziert auf ihre neue Stelle vorbereitet werden. Allein im vergangenen Jahr wurden so rund 45 Prozent der neuen Lehrerinnen und Lehrer als Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen eingestellt – eine Tendenz, die die Qualität des Unterrichts zusätzlich senkt.

Selektion ist gewollt

„Die große Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler bleibt die Achillesferse des deutschen Schulsystems“, sagte Ilka Hoffmann, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), in Bezug auf die Ergebnisse der neuen PISA-Studie. Noch immer werde es nicht geschafft Nachteile abzubauen, die Kinder aus dem Elternhaus mitbringen. Was Kollegin Hoffmann dabei nicht erwähnt: Die Selektion nach Klassenherkunft in deutschen Schulen ist kein Betriebsunfall, sondern Programm der Herrschenden in diesem Land. ■

Auf zum antifaschistischen Gedenken nach Ziegenhals!



Eine Woche nach der Machtübertragung 1933 an die deutschen Faschisten trat am 7. Februar das Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) illegal im Lokal „Sporthaus Ziegelhals“ zusammen – unter ihnen auch der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann, der in seiner „Ziegenhalser Rede“ die neu entstandene Lage analysierte. Trotz Beobachtung des Lokals konnten alle Teilnehmer der illegalen Tagung das Lokal sicher verlassen. Im Gedenken daran lädt der Freundeskreis „Ernst Thälmann Gedenkstätte“ e.V. Ziegelhals am 9. Februar 2020 zum Gedenken ein und setzt damit ein weiteres Zeichen gegen den Abriss der Ziegelhalsdenkstätte, der sich zum zehnten Mal jährt. Weitere Infos: etg-ziegehals.de